

Vermächtnis staatlicher Kreditvergabe belastet Bankensektor

Der belarussische Bankensektor setzt seine Erholung nach der Rezession 2015-16 fort. Seit Ende 2017 ist das Kreditvolumen wieder gestiegen, wobei sich die Kreditvergabe auf Haushalte und private Unternehmen verlagert hat. Da sich der Wechselkurs stabilisiert hat und die Inflation zurückging, sind die Zinssätze in Landeswährung deutlich gesunken. Dies führte zu einer Verlagerung der Einlagen und Kredite in Landeswährung. Gleichzeitig ist nach wie vor nicht klar, ob der Sektor das weitere Wirtschaftswachstum und den längst überfälligen Strukturwandel hin zu Privatunternehmen begleiten kann. In diesem Zusammenhang muss das Erbe der notleidenden Kredite von Staatsunternehmen noch gelöst werden und erfordert eine umfassende Reform im Unternehmenssektor. In dieser Phase könnten Kapitalmärkte zu einer wichtigeren Finanzierungsquelle werden.

Staatliche Beteiligung an den Banken bleibt dominant

Der belarussische Bankensektor zeichnet sich in regionaler Betrachtung durch eine außergewöhnlich hohe staatliche Beteiligung und Konzentration der Aktiva bei den drei größten Banken aus, die über 60% der Vermögenswerte kontrollieren. Rund ein Drittel der gesamten Aktiva befinden sich bei Banken mit ausländischer Beteiligung, wobei es sich hier zum größten Teil um russische Banken handelt.

In den letzten Jahren gab es nur begrenzte Eigentümerwechsel. Daher ist es ermutigend, dass der Staat die Privatisierung von zwei mittelgroßen Banken (Belinvestbank und Bank Dabrabyt) vorbereitet, die von der EBRD bei der Durchführung von Reformen der Unternehmensführung unterstützt werden.

Eine noch stärkere Diskrepanz zu anderen Finanzsystemen in Mitteleuropa zeigt sich im sehr geringen Anteil der an den privaten Sektor vergebene Kredite (23% des BIP in 2018). Dies spiegelt die nach wie vor staatlich geprägte Wirtschaftsstruktur des Landes wider. Das Wachstum mehrerer kleinerer Banken im ausländischen Besitz, die sich vor allem auf die KMU-Kreditvergabe spezialisiert haben, ist in diesem Zusammenhang ermutigend.

Das jüngste Wachstum der Kreditvergabe um 17% (April 2019, ggü. Vorjahr) ist vor allem auf Konsumentenkredite zurückzuführen (es gibt keine Hypothekendarlehen); Kredite an private Unternehmen entwickelten sich ebenfalls dynamisch. Die Banken haben ihr Portfolio von subventionierten Kreditprogrammen für staatliche Unternehmen und Haushalte in einer Reihe von Sektoren reduziert. Solche Kredite, die immer noch rund 30% des gesamten Kreditbestands ausmachen,

sind mit besonders hohen Kreditrisiken und einer schwachen Kreditnehmerdisziplin verbunden.

Stabilität des Bankensektors

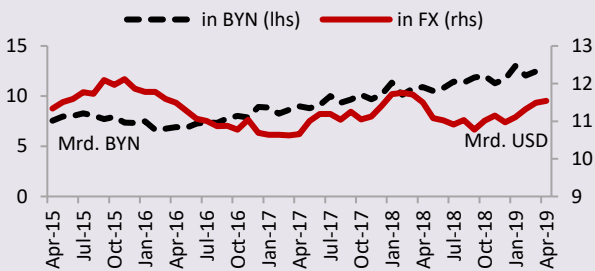
Die zuvor erwähnten Aspekte unterstreichen eine Schwachstelle des Bankensektors: Die staatlichen Unternehmen machen 42% des BIP, und einen ähnlichen Anteil an Bankdarlehen, aus. Diese Unternehmen weisen gegenüber privaten Unternehmen eine deutlich schlechtere finanzielle Lage auf, profitieren aber von umfangreichen staatlichen Garantien, Zinszuschüssen und Rekapitalisierungen. Einige Reformen im Bereich der Unternehmensführung sind bereits im Gange, aber erst vor kurzem erfolgte wieder eine kostspielige Rettung von drei Zementwerken. Dies zeigt, dass die Kreditdisziplin immer noch zu schwach ausgeprägt ist. Banken haben nur sehr begrenzte Möglichkeiten, Sicherheit für solche Darlehen durchzusetzen, und verlassen sich im Wesentlichen auf staatliche Garantien.

Die Rentabilität und Kapitalisierung (Verhältnis von Kapital zu risikogewichteten Aktiva von 18%) erscheinen nach offiziellen Angaben gut. Die veröffentlichten Zahlen zu notleidenden Krediten (NPLs) zeigen aufgrund einer neuen Definition einen starken Rückgang. Die Forderungen der Banken gegenüber dem Staatssektor unterliegen regelmäßiger Umstrukturierung und nun auch höheren Mindestreserveanforderungen.

Eine zweite Schwachstelle ist der außergewöhnlich hohe Anteil der Verbindlichkeiten in Fremdwährung – hauptsächlich in Form von USD-Einlagen der privaten Haushalte. Um eine Begrenzung offener Fremdwährungsposition zu vermeiden, werden diese größtenteils in Staatsanleihen in USD investiert, was das Engagement der Banken gegenüber dem Staat weiter verstärkt. Fremdwährungskredite an Unternehmen und private Haushalte erhöhen dabei vor allem die Anfälligkeit für mögliche Wechselkursschwankungen. Dies untergräbt die Fähigkeit der Zentralbank, im Rahmen der direkten Inflationssteuerung den Wechselkurs frei schwanken zu lassen.

Mit dem Rückgang der Inflation hat sich die Differenz zwischen den Zinssätzen in BYN und USD verringert. Einlagen und Kredite verlagern sich daher allmählich in die Landeswährung. Die Nationalbank hat diesen Prozess durch eine Reihe von Beschränkungen der offenen Devisenpositionen, Rückstellungsvorschriften für Devisenkredite und differenzierte Mindestreserveanforderungen weiter unterstützt. Dennoch bleibt der Anteil der Fremdwährungsverbindlichkeiten mit 54% beträchtlich.

Entwicklung der Bankeinlagen



Quelle: NBB

Jüngste Regulierungsinitiativen

Ein kürzlich erlassenes Dekret der Nationalbank verzerrt den Kreditmarkt: Neue Kredite, deren Zinssätze eine bestimmte Grenze überschreiten (basierend auf den sieben größten Banken), unterliegen strengeren Kapitalanforderungen. Diese Maßnahme soll zwar risikobehaftete Kreditvergabepraktiken einschränken, könnte jedoch die dringend benötigte Umverteilung weg von Krediten an große und etablierte Kreditnehmer, die von staatlichen Garantien profitieren, verzögern. Der KMU Sektor bedarf zunehmender Finanzierung, welche jedoch tendenziell zu einem höheren Zinssatz vergeben werden würde.

Ein wichtiges Ziel der Nationalbank in den letzten zwei Jahren war die Beseitigung der verbleibenden NPLs. Die 2016 gegründete Vermögensverwaltungsagentur (AMA) erwarb Vermögenswerte in Höhe von 769 Mio. BYN (ca. 300 Mio. EUR) von landwirtschaftlichen Unternehmen. Die Übertragung zum Nennwert führte zu einer Rekapitalisierung der Banken, was seinerseits schlechte Kreditvergabepraktiken der Banken und mangelnde Kreditdisziplin staatlicher Unternehmen förderte. Die Agentur ist auf die Zwangsvollstreckung von in Verzug geratenen Vermögenswerten beschränkt und nicht befugt, Vermögenswerte an andere Anleger zu verkaufen – wofür sie im Moment auch nicht über die nötigen Kapazitäten verfügt.

Durch ein Dekret vom Mai 2018 wurde die Fähigkeit der Banken zur Restrukturierung erheblich erweitert; unter anderem ist nun der Schuldenbeteiligungstausch und Verkauf von Krediten mit Abschlag möglich. Ein sich derzeit in Ausarbeitung befindendes Dekret sieht darüber hinaus eine Transaktionsplattform für NPLs und eine erhebliche Ausweitung der weiteren Übertragung staatlicher Vermögenswerte an die AMA vor.

Die Lösung der NPL-Problematik erfordert eine strikte Durchsetzung der neuen Bankaktiva-Klassifizierung und der damit verbundenen Rückstellungspolitik. Dies bietet den Banken Anreize, solche Vermögenswerte entweder zu restrukturieren oder zu veräußern. Eine Restrukturierung muss jedoch mit einem breiteren Strukturwandel einhergehen; unter anderem bedarf es einer erhöhten Kreditdisziplin für verlustbringende Staatsunternehmen – ggf. verbunden mit Zwangsvollstreckung.

Da die Unternehmensfinanzierung seitens der Banken nach wie vor unterentwickelt ist, hat sich der Kapitalmarkt als alternatives Finanzierungsinstrument herauskristallisiert. Die in lokaler Währung ausstehenden Unternehmensanleihen beliefen sich auf rund 4 Mrd. USD (6% des BIP). Einschließlich aller staatlich begebenen Anleihen beträgt die inländische Marktkapitalisierung – in lokaler und ausländischer Währung – rund 25% des BIP (rund 280 Emittenten). Dieses Verhältnis ist durchaus mit anderen Ländern in Mitteleuropa vergleichbar. Regierung und Nationalbank unterstützen den Kapitalmarkt durch die Finanzentwicklungsstrategie 2017, in deren Rahmen bereits Rechtsvorschriften für Investmentfonds und Verbriefungen verabschiedet wurden und institutionelle Investoren und Infrastrukturen weiter gestärkt werden sollen.

Letztendlich sollte der Markt für Lokalwährungsanleihen durch Emissionen vom Staat und staatlichen Unternehmen entwickelt werden, auch wenn dies mit Kosten verbunden sein könnte. Auch Preismechanismen und Ratingbewertungen müssen transparenter werden.

Ausblick

Der Bankensektor setzt seinen allmählichen Strukturwandel fort, und die Kreditvergabe hat begonnen, sich auf private Haushalte und Unternehmen zu verlagern. Das Erbe der Kredite an Staatsunternehmen, die in Zahlungsverzug geraten sind, muss noch gelöst werden und erfordert eine umfassendere Reform der Grundsätze deren Unternehmensführung. In diesem Übergangsprozess könnten die Kapitalmärkte zu einer wichtigeren Finanzierungsquelle werden.

Autor

Alexander Lehmann, lehmann@berlin-economics.com

Eine ausführliche Analyse bietet das demnächst erscheinende PB/04/2019 [“Financial Sector Monitor Belarus 2019”](#).

Herausgeber

Robert Kirchner

[Newsletter bestellen / abbestellen](#)

German Economic Team Belarus

www.get-belarus.de

Das German Economic Team führt seit 2003 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit reformorientierten Entscheidungsträgern der belarussischen Regierung. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und von Berlin Economics durchgeführt.



BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin
+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | info@berlin-economics.com | [Impressum](#)